

Empfehlungen an die Bundespolitik

Die Herausforderungen für Städte sind vielfältig: Strukturwandel, verändertes Konsumverhalten, Klimaanpassung, gesellschaftlicher Wandel und wirtschaftliche Unsicherheiten wirken sich unmittelbar auf den urbanen Raum aus. Die Lebensqualität der Bürger:innen hängt maßgeblich von der Qualität des städtischen Raums, dem Einkaufs- und Versorgungsangebot, dem Freizeit- und Kulturangebot und identitätsstiftenden Stadtprojekten ab. Um die Zukunft unserer Städte aktiv und attraktiv zu gestalten, beachten Sie bitte die fünf folgenden konkreten Empfehlungen der bc sd:

1. Nachhaltige Finanzierung der Kommunen sichern

Der Wandel der Innenstädte braucht in erster Linie tragfähige, kommunale Strukturen statt befristeter Krisenhilfen. Erfolgreiche Förderprogramme fördern Innovationen und Wettbewerb und stärken somit lokale Netzwerke und Wirtschaftskreisläufe.

Empfehlungen an die Politik

- a) Kommunen fair finanzieren (Konnexität und Subsidiarität achten).
- b) Bei erfolgreichen Förderprogrammen, wie der Städtebauförderung, gilt es, nicht-investive Programmteile analog zum auslaufenden Programm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren (ZIZ)“ zu verankern.
- c) Kommunen und lokale Akteur:innen besitzen vor Ort das Know-how und verdienen mehr Vertrauen, wenn es um die zielgenaue Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung von Innenstädten geht. Die Förderung von lokalen Kooperationsstrukturen ist grundsätzlich zu berücksichtigen.

2. Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Die Lebensumwelt der Bürger:innen befindet sich überwiegend vor Ort in den Städten. Multiple Krisen und gleichzeitiger Transformationsdruck dürfen daher nicht die Gestaltungskraft, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit die Demokratie gefährden.

Empfehlungen an die Politik

- a) Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Verlässlichkeit und Solidarität fordern und fördern.
- b) Stadtmarketing als Schnittstelle für gesellschaftliche Interaktion gezielt nutzen und die Förderung von interkulturellen Stadtprojekten, Stadtfesten und anderen Begegnungsformaten unterstützen.
- c) Unterstützung und Wertschätzung für Bürgerengagement, Ehrenamt und lokale Kommunikation als Bausteine demokratischer Resilienz.

3. Kompetenz, Kommunikation und Netzwerke ausbauen

Städte brauchen starke Netzwerke und authentische Kommunikation mit den Bürger:innen. Stadtmarketing muss als zentrale Schnittstelle zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Stadtgesellschaft gestärkt werden.

Empfehlungen an die Politik

- a) Stadtmarketing in Bundes- und Landesstrategien zu den Themen Stadtentwicklung, Nachhaltigkeit und Demokratieförderung verankern.
- b) Einrichtung einer nationalen und interdisziplinären Kompetenzstelle für kooperative Stadtentwicklung.
- c) Gemeinsame Austausch-Plattform zu kooperativer Stadtentwicklung für Forschung, Wissenstransfer und Vernetzung (z. B. „Stadtimpulse“) systematisch fördern.

4. Sicherheit, Ordnung und Qualität in öffentlichen Räumen gewährleisten

Attraktive und sichere öffentliche Räume sind die Basis für lebenswerte Städte. Recht und Ordnung müssen gewährleistet werden und einhergehen mit sozialen Angeboten und städtebaulicher Aufwertung. Städte müssen präventiv handeln, bevor sich negative Entwicklungen verstärken.

Empfehlungen an die Politik

- a) Recht und Ordnung im öffentlichen Raum konsequent durchsetzen und die effektive Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Polizei und Sozialdiensten fördern.
- b) Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums gezielt entwickeln, z. B. durch Begrünung, Beleuchtungskonzepte, Freizeit- und Kulturangebote, Konfliktmanagement, Awareness-Teams, Videoüberwachung.
- c) Soziale Maßnahmen für vulnerable Gruppen konsequent anbieten und anwenden, um der Verelendung von Menschen entgegenzuwirken.

5. Faire und sichere Rahmenbedingungen für Veranstaltungen schaffen

Lebendige Innenstädte entstehen durch gemeinsame Erlebnisse wie Stadtfeste, Märkte, Kultur- und Sportevents im öffentlichen Raum. Ihre sichere Durchführung darf die Veranstalter organisatorisch und finanziell nicht überfordern.

Empfehlungen an die Politik

- a) Terrorprävention und Gefahrenabwehr sind Aufgaben der staatlichen Exekutive und dürfen weder operativ noch finanziell auf die Veranstalter abgewälzt werden.
- b) Gesetzliche Vorgaben für Sicherheitsanforderungen sollten auf bundeseinheitlichen Richtlinien gründen und harmonisiert werden.

- c) Entlastung bei Lizenzgebühren und wirksame behördliche Kontrolle der GEMA gesetzlich verankern, Lizenzgebühren zur Musikknutzung dürfen nicht die Nutzung von Musik und damit Auftrittsmöglichkeiten für (lokale) Künstler:innen verhindern.

Über die bcsd:

Die **Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland (bcsd e. V.)** wurde 1996 in Berlin gegründet und vertritt als Bundesverband mehr als 450 Stadtmarketingorganisationen sowie über 100 Unternehmen, die sich für die Entwicklung lebenswerter und zukunftsfähiger Städte engagieren.

Stadtmarketing nimmt seit gut drei Jahrzehnten eine zentrale Rolle in der Moderation und Gestaltung urbaner Transformationsprozesse ein. Es verbindet die Perspektiven von Verwaltung, Wirtschaft, Politik und Stadtgesellschaft, um multifunktionale, resiliente und attraktive Innenstädte und Quartiere zu entwickeln. Dabei orientiert es sich an dem Leitbild der europäischen Stadt: Innenstädte als lebendige, vielseitige Orte der Begegnung, als zentrale soziale Orte, die Bürger:innen und Gäste gleichermaßen anziehen und verbinden.

Kontakt:

Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland e.V. (bcsd)

Geschäftsstelle: Tieckstraße 38, 10115 Berlin

Tel.: (0 30) 28 04 26 71

E-Mail: office@bcسد.de

Weiterführende Links

www.bcsd.de

<https://www.bcsd.de/positionen/positionsapiere/>

www.stadtoptimisten.de

www.unsere-Stadtimpulse.de

https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/stadtentwicklung/innenstadtstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=2

https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/startseite/_node.html

www.difu.de

<https://www.cima.de/deutschlandstudie-innenstadt/>